

## Reichskonferenz der A- und S.-Mäle.

Angriffe gegen den Vollzugsrat.

Die Beratungen der Reichskonferenz der deutschen A- und S.-Mäle wurden am Dienstag fortgesetzt. Der Vorsitzende Leinert eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß sich eine demokratische Fraktion auf dem Kongreß gebildet habe.

Darauf wird in die Plausprache über den Bericht des Vollzugsrats eingetreten.

Müller-Reichendach, Vollzugsrat: Der tatsächliche Grund der Missstimmung gegen Berlin ist der, daß man im Lande den Eindruck hätte, hier seien die Volksbeauftragten, die die Nationalversammlung wollen, und da sitzt der Vollzugsrat, der den Volksbeauftragten Knüppel zwischen die Beine wirft und nicht die Nationalversammlung will. Ein weiterer Grund der Missstimmung waren die Vorgänge in den Republiken um Berlin, in Neubölln, Mariendorf usw.

Nicisch-Augsburg: Es mag ja in Liebnecht ein gewisses Gefühl der Macht auftreten, wenn er solche Menschenmassen, wie gestern, auf die Beine zu bringen weiß. Aber Berlin ist nicht Deutschland, und die Spartaflusste haben draußen im Reich wenig Stühlen. Berlin läuft Gefahr, den Rang der Reichshauptstadt zu verlieren. Was berechtigt den Berliner Vollzugsrat, sich als Kontrollorgan des Reiches aufzuführen?

Rabe-Brandenburg: Der Tätigkeitsbericht des Vollzugsrates war nur ein Heeresbericht seines Kampfes gegen die Volksbeauftragten. Warum ist diese Konferenz nicht eher einberufen? Die Gerüchte über die Finanzwirtschaft haben unermesslichen Schaden gestiftet.

Bräse-Nemscheid: Am unzähligen Orten ist es im Westen beim Rückmarsch der Truppen zu Konflikten gekommen. Arbeiter- und Soldatenräte sind mit Gewalt aufgelöst, ihre Fahnen verbrannt und die Flugblattverleiher verprügelt worden. Bei uns im Westen besteht ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Offizierkorps und Revolution. (Rufe: Wo? Wo?) Ich nenne Ihnen nur Schlebach, Landwehr, Derny, Wermelskirchen, Mittershausen, Hahn usw. (Rufe: Düfeldorf!) Überall im Westen hat man mit dem Schlagwort „Bolschewismus“ die Leute aufgestachelt, und unseren Frontsoldaten die Meinung beigebracht, sie würden von Leuten mit Munition empfangen werden. Es steht auch in kleinen Ortsfesten verschiedene Bataillone gelegt worden mit der Begründung, daß die Entente das verlangt habe. Davon ist aber keine Rede. Es ist geschehen im Einverständnis mit den rheinisch-westfälischen Konservativen im Bürgerrode.

Warum soll denn im Westen eine so starke Heeresmacht stehen? Wir können und wollen keinen Krieg mehr führen, und Polizeitruppen haben wir genügend zur Verfügung.

Darauf nimmt das Vollzugsratmitglied Wegmann das Wort: Die Schmutzblätter, die gegen die Spartaflusste verbreitet wurden, gingen so weit, daß sie die Tötung Liebnechts forderten. Darauf kamen die Liebnechteleute zu uns und erklärten, daß sie das nicht mehr mitmachen und die Druckerei in Klump schließen würden. Der Redner behandelt ausführlich den Putsch gegen den Vollzugsrat im Abgeordnetenhaus, den Fall Marten und die Organisation „Note herzbinde“.

Also wir haben die Gegenrevolutionäre unter uns. (Sturmische Rufe: Namen nennen!)

Volksbeauftragter Landsberg: Der Berliner Vollzugsrat hätte am ersten Tage nach der Revolution den Allgemeinen Ratetongreß einberufen müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Rat der Volksbeauftragten hat allein die Geschäfte zu leiten. Wir müssen allein das Exekutivrecht haben. Sonst kommen wir zu einer Nebenregierung. Im Reichsmarineamt hat sich der Dreifünfzigerrat als Kontrollorgan eingesetzt und macht die Arbeit vollkommen unmöglich. Im Zuchthaus zu Celle sitzt ein Schuft, der Deutschland aus Gewissenssorge verraten hat. Der Dreifünfzigerrat verfügt die Entlassung des Mannes, da nach sozialistischem Rechtsempfinden bei ihm keine strafbare Handlung vorliegt. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Das sind keine Anzeichen bösen Willens, aber Anzeichen vernichtender Unerschaffenheit.

Wir wollen uns kontrollieren lassen, wollen uns aber nicht um unsere Reputation bringen lassen. (Sturmischer Beifall.)

Ledeboour vom Vollzugsrat: Die vielfach vorgenommenen Angriffe sind von uns selbst aufs peinlichste empfunden worden. Ein Mann wie Ebert, der die Leute indirekt zu weiteren Putschern ermuntert hat, gehört nicht an seinen Platz. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Ebert ist ein Schandmal für die Regierung.

Nach diesen Worten erhebt sich ein minutenlanger Lärm. Eine kleine Minderheit ruft stürmisch Beifall, während von der Mehrheit Pfui-Rufe ertönen. Der tumult dauert etwa 10 Minuten lang. Dann setzt Ledeboour seine Rede fort und richtet weitere Angriffe gegen Scheidemann und Ebert. Diese Leute seien die Stützpunkte der Gegenrevolution.

Um Nachmittag gehen die Verhandlungen weiter.

Der junge Mann, der das Revolutionsgeld gab.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlas der Vorsitzende Leinert eine Sympathie-Telegramm des Organs der italienischen sozialdemokratischen Partei, „Avanti“. Sobald setzt August Müller seinen Bericht des Vollzugsrats fort.

Herrschaft der Strafe im Sitzungsraum.

Zu Beginn der Sitzung wurden die Forderungen der Berliner Garde-Regimenter erörtert, die am Dienstag nachmittag überreicht wurden und die u. a. die Abschaffung der Rangabzeichen, Führerwahl durch die Soldaten, Aufrechterhaltung der Disziplin durch die Soldatenräte usw. verlangen.

In der Besprechung der Anträge kommt verschiedentlich zum Ausdruck, daß die Berliner Soldaten gar nicht so weitgehende seien. Mitten in der Diskussion erhebt sich der Vorsitzende Leinert und erklärt:

Es wird mir mitgeteilt, daß die gestrige Deputation der Berliner Soldatenräte wieder draußen steht. Sie wünschen zu verhandeln.

Nach einer Pause, in der Vertreter der Fraktionen mit dieser Deputation verhandeln, wird die Sitzung wieder eröffnet.

Vorsitzender Leinert: Es sind wieder einige Deputationen erschienen. Zunächst eine Deputation der Berliner Arbeiter, die von der Wache des Abgeordnetenhauses zunächst nicht hereingelassen worden ist. Es ist aber von einem mir bekannten Genossen erklärt worden, die Deputation müsse herein, sonst würden morgen 250 000 Arbeiter die Arbeit niedersetzen.

Wir sind ein Kongreß von ganz Deutschland. Das Recht, was die Berliner Müller und Soldaten beanspruchen, könnten auch die Arbeiter ganz Deutschlands beanspruchen. (Schr. richtig.) Es könnten aus allen Städten im Reich Deputationen herkommen, die mit derselben Gewalt austreten wie die Deputationen der Berliner, um hier fortgesetzt in unsere Verhandlungen einzudringen. Mit dem Arbeiten des Kongresses ist eine solche fortgesetzte Unterbrechung nicht vereinbar. Ich habe der Deputation den Eintritt in das Haus erlaubt, da ich nicht die Verantwortung für etwaige größere Unruhen in der Versammlung der Bevölkerung tragen will. Aber wohin kommen wir, wenn einmal das Pflichtgefühl der Eisenbahner in gleicher Weise nachziehe und die Maschinen und Züge stehen blieben? (Lebhafte Beifall.) Es ist schade,

immer dieselbe Genosse, der die Deputationen führt. (Hört! Hört!) Es geht nicht, daß dieselben Genossen immer wieder große Gruppen in diesen Kongreß führen. (Lebhafte Beifall.) Ich empfehle, daß die Fraktionen Personen bestimmen, die mit solchen Deputationen außerhalb des Tagungsorts verhandeln.

Das Haus stimmt fast einstimmig dieser Anregung zu. Darauf beschließt die Versammlung, sich an der vom Vollzugsrat angelegten Demonstration im Treptower Park nicht zu beteiligen, um die Gewalt des Kongresses zu fördern.

Zur großen Überraschung der Versammlung erhebt sich trotz des vorigen Beschlusses wiederum eine Deputation im Saale.

Sie führt rote Fahnen und Schilder mit sich.

Der Vorsitzende Leinert erklärt der Abordnung, den soeben gesagten Beschuß und bittet sie, sich in den Ministeriumssaal zu den Vertretern der Fraktionen zu begeben. (Sturm. Beifall.)

Der Sprecher der Abordnung Hallup versucht das Wort zu nehmen, wird aber durch die Versammlung verhindert. Er ruft erregt:

Die Revolution hat besondere Gesetze!

Wir haben eine Krämerie hier! Seine Worte werden von starkem Bischof und Schlußrufen begleitet. Vorsitzender Leinert: Ich will der etwas peinlichen Situation ein Ende machen und noch einmal die Verleistung der Forderungen gestatten. Dann werden aber weitere Deputationen nicht mehr empfangen. Hallup überreicht dann nochmals seine Forderungen und erklärt: Sie bedeuten natürlich!

Nieder mit der Nationalversammlung!

(Große Unruhe und Lachen.) Hallup fährt fort: Es liegen noch 14 Leichen unbeerdigt in Berlin. Wir gehen jetzt zum Magistrat, um Tod und Stunde der Beerdigung zu erfahren. Der Kongreß soll uns begleiten.

Vorsitzender Leinert: Der Kongreß wird über die Forderungen entscheiden, ich bitte wieder dem Kongreß die Arbeitsmöglichkeit zu geben.

Die Mitglieder der Abordnung verlassen nur langsam den Saal mit Rufen: Hier herrscht Reaction!

Hier sind keine Arbeitervertreter.

Personlich erklärt Volksbeauftragter Barth, daß er die Entsendung einer Deputation nach Breslau angeregt habe.

Neberrumpelungsversuch durch Soldaten.

Nachmittags-Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhält das Wort:

Hockert-Chemnitz: Es geht das Gerücht, daß für Ostland und Kurland Freiwillige gesucht werden, die von den baltischen Baronen bezahlt werden sollen. Will die Regierung ein neues Finnland machen? Es ist eine Lüge, daß der Spartaflusste die Diktatur einer Minderheit aufrichten will. Wenn die Volksbeauftragten sich nicht bald ermannen, müssen sie von ihrem Platz verschwinden. (Beifall.)

Hoese-Saarbrücken: Da die Offiziere und bald darauf auch die Soldaten nach der Revolution wegziehen, müssten wir eine Sicherheitswehr bilden. Dafür haben wir vom Kriegsministerium in der Woche 180 000 M. gebraucht. Wir haben aber dafür ungeheure Summen an Heeresgeräten gerettet.

Es wird darauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Volksbeauftragter Barth ersucht dringend, ihm trocken das Wort noch einmal zu geben, was geschieht: Ich habe in den letzten Wochen die Arbeiter überall aufgefordert, nicht zu streiken, weil ein solcher Streik feit ein Kampf gegen die Neuordnung ist. Unsere Arme im Osten droht das Schicksal der Heere Napoleons. Seit Wochen befürchte ich eine Verständigung mit Moskau und Warschau, aber Landsberg ist aus Gründen der nationalen Ehre für die Erhaltung des Grenzschutzes eingereten. (Hört, hört!) Verbrecherisch ist das Treiben der Militärlamarilla im Westen. Obwohl wir sofortige Demobilisation befohlen hatten, erfuhr ich am Sonnabend die Oberste Heeresleitung telegraphisch um unsere Zustimmung, zehn Kilometer hinter der neutralen Zone, wo die Truppen des Grenzschutzes stehen, die Bewachungsmannschaften der Soldatenräte aufzuheben. (Hört, hört!) Haase, Dittmann und ich waren wie aus allen Wolken gefallen.

Und was erklären Ebert und Landsberg dazu, ja, wir können doch unsere Grenzen nicht häufig loslassen. (Großer Lärm. Rufe: Verräter!) Wer von einem Grenzschutz im Westen spricht, der begeht ein Verbrechen am deutschen Volke. Denn der bedeutet heute eine endgültige Provokation der Entente. (Lebhafte Zustimmung bei einem Teil der Versammlung.) Ich ziehe Ihnen folgenden Antrag vor:

Der Rätekongreß möge beschließen, jedweder Grenzschutz, soweit er zur Demobilisation nicht notwendig ist, — das heißt lediglich die Bewachung der Bahnen — ist sofort im Osten und Westen aufzuheben. Alle Truppen sind sofort zu demobilisieren. Alle Offiziere sind bei Ankunft in der Garnison zu entlassen, wobei die Kosten zur Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf zu übernehmen und bei älteren und franken Offizieren die Pensionierung zu zahlen ist. Die Volkswehr ist schnellstens in ausreichender Weise zu schaffen. Wenn wir diesen Antrag annehmen, kann kein Mensch aus der bürgerlichen Gesellschaft einen Stein uns werfen.

Volksbeauftragter Ebert führt aus:

Die Dinge liegen nicht so einfach, wie es ansieht. Bei der Frage des Grenzschutzes herrscht volle Uneinstimmigkeit im Kabinett. Ist es bei den unheuren Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben, richtig, wenn nun ein Kollaterale solche Angriffe gegen uns erhebt? (Sturmische Rufe: Nein!) So kann man nicht zusammenarbeiten. Wenn nicht Verbrüderungen getroffen werden, dann muß ich es mir mit meinen näheren Kollegen vorbehalten, ob wir noch in der Lage sind, unser Amt weiterzuführen. Minutenlanger, stürmischer Beifall.)

Ein Beratungsantrag wird abgelehnt.

Pötzlich marschierten etwa 20 Soldaten in den Saal, die an langen Stangen große Pappschilde mit den Namen der Berliner Regimenter trugen.

Der Sprecher dieser Soldaten stellt eine Reihe von Forderungen, u. a. Schaffung eines Obersten Soldatenrats, der die Kommandobefehle haben sollte, Abhebung aller Rangabzeichen, Entwaffnung der Offiziere. Es verlangt, daß über die Anträge sofort abgestimmt wird. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit. Widerspruch bei der Mehrheit.)

Als Ledeboour auf der Tribüne erscheint, setzt ein ungeheuerer Tumult ein, der etwa eine Viertelstunde lang währt. Die einzelnen Delegationen dringen aufeinander ein. Pfuihue ertönen. Die Truppen mischen sich in die Versammlungen ein. Die Versammlung schaut vollständig der Zerstörung da.

Endlich erlangt Haase das Wort. Er schlägt vor, den Antrag mögen zu Beginn der Sitzung zu beraten.

Vorsitzender Seeger schließt darauf die Sitzung unter ungeheurem Tumult, da die Minderheit die sofortige Erledigung des Antrages fordert, obwohl der Vorschlag Haase mit vier Fünftel Mehrheit angenommen worden war. Die allgemeine Erregung machte sich noch lange in heftigen Auseinandersetzungen mit einzelnen Delegierten nach Schluss der Sitzung erstend.

## Wischen Krieg und Frieden.

Die polnischen Herausforderungen.

Der Abbruch der Beziehungen Polens zu Deutschland und die Ausschreibung von Wahlen zur polnischen Konstituante auf deutschem Boden zeigen, daß man auf polnischer Seite keinen großen Wert auf gute Beziehungen zu Deutschland legt. Die deutsche Regierung nimmt gegen das Vorgehen der polnischen Regierung in folgender Erwidering Stellung:

Die kurzen Angaben, die bisher über den von der polnischen Regierung herbeigeführten Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland vorliegen, lassen klar erkennen, daß sie sich bei der Begründung dieses Schrittes nur auf nötige Vorwände gestützt hat. Wenn sie behauptet, daß die Fortsetzung von Verhandlungen mit Deutschland zwecklos und unter Umständen sogar schädlich für die innere Ordnung Polens wäre, so mag demgegenüber nur darauf hingewiesen werden, daß, solange die deutsche Okkupation in Polen bestand, Ruhe und Ordnung im Lande herrschte. Weder haben in dieser Zeit bolschewistische Unruhen noch Pogrome stattgefunden. Die unlauteren Elemente konnten erst dann hervortreten, als die deutschen Truppen zurückgezogen waren. Nach Lage der Sache scheint es, daß die Polen kein volles Vertrauen auf die Friedenskonferenz seien oder aber auf größeren Gewinn ausgehen, als ihnen nach den Grundsätzen des Präsidenten Wilson zukäme, und daß sie sich durch den Abbruch der Beziehungen freie Bahn für Gewalttätigkeiten schaffen wollen.

Die Franzosen verlangen deutsche Kohlen für Elsass-Lothringen.

An der Sitzung des neugebildeten Wirtschaftsausschusses der Internationalen Waffenstillstandskommission vom 15. Dezember nahmen zum ersten Male deutsche Sachverständige aus allen Berufsfeldern teil. Französische Forderungen wurden Forderungen für die Lieferung Elsass-Lothringens aufgestellt in Höhe von monatlich 515 000 Tonnen Koks, 105 000 Tonnen Kohlen, 112 000 Tonnen Manganerzen und 40 000 Tonnen Altstoffen. Außerdem wurde die Ablieferung von Maschinenerzeugnissen, Treibriemen, elektrischen Motoren aus ostpreußischen Gebieten je nach dem Bedarf der elsass-lothringischen Industrie, sowie Belieferung eines französischen Departements mit deutschen Brennstoffen gefordert. Die Franzosen bestanden auf der Annahme ihrer Forderungen in unveränderter Form; demgegenüber vertrat die deutsche Kommission den Standpunkt der Gegenseitigkeit. Da die Franzosen diesen Standpunkt als Ablehnung ihres Vorschlags betrachteten, wurden die Verhandlungen zunächst vertagt. Deutsche Waffenstillstands-Kommission. Staatssekretär Erzberger.

Deutschland wünscht Zeit und Ort der Friedensverhandlungen zu wissen.

Aus Washington wird gemeldet: Durch Vermittlung der Schweiz hat die deutsche Regierung von den Vereinigten Staaten rasche Mitteilung über Zeit und Ort der Friedensverhandlungen verlangt.